

ENTSCHLIESSUNG NR. 48: DER KRIEG IN ISRAEL UND PALÄSTINA

(Originalfassung auf Englisch)

Der 31. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste (IÖD) In Genf vom 14. bis 18. Oktober 2023

Der 31. Kongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste drückt allen Zivilisten, die in Israel und Palästina Verluste und Verletzungen erlitten haben, sein tiefes Beileid und seine Solidarität aus.

Die brutalen Angriffe der Hamas auf Israel, die mehr als tausend Tote zur Folge hatten, die Geiselnahme und der Einsatz von Geiseln als menschliche Schutzschilde sind terroristische Aktionen, die sich auf brutale Art und Weise gegen die Zivilbevölkerung richten.

Die Reaktion Israels, die Bevölkerung des Gazastreifens kollektiv für die Aktionen der Hamas zu bestrafen, wodurch zahlreiche palästinensische Zivilpersonen getötet werden, ist ebenfalls nicht zu rechtfertigen.

Die Verweigerung von Wasser, Strom, medizinischer Versorgung und humanitärer Hilfe durch Israel für die Bevölkerung des Gazastreifens, die bereits seit 16 Jahren eine Blockade erdulden muss, ist ein grundlegender Verstoß gegen das Völkerrecht und kann ein Kriegsverbrechen darstellen.

Als globaler Gewerkschaftsverband, der die Beschäftigten der internationalen Agenturen organisiert, haben wir mit Bestürzung erfahren, dass allein seit dem 12. Oktober elf Mitarbeitende der WHO, fünf Mitarbeitende des IKRK und zwölf Mitarbeitende der UNRWA im Gazastreifen getötet worden sind.

Wir fordern Schutz für die Arbeitnehmer:innen, die weiterhin als Beschäftigte im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen, in der Wasser- und Energieversorgung, im Bildungswesen und in anderen wesentlichen Sektoren arbeiten. Darüber hinaus muss die Genfer Konvention über Verwundete, Kranke und Zivilisten eingehalten werden.

Als Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind wir verpflichtet, den Zugang zu den grundlegenden Menschenrechten zu gewährleisten. Aus diesem Grund sind wir der Auffassung, dass sich die internationale Gemeinschaft mobilisieren muss, um den Konflikt zu beenden, die rechtswidrige Blockade des Gazastreifens aufzuheben und die Achtung der Menschenrechte für die Bevölkerung sicherzustellen, während sie gleichzeitig die Freilassung der von der Hamas als Geiseln gehaltenen Israelis fordert.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es schwierig abzuschätzen, welche Folgen der Konflikt zwischen Israel und der Hamas für die ohnehin schon instabile und unruhige Lage im Nahen Osten haben könnte. Sicher ist jedoch, dass die Gefahr einer Ausbreitung in der gesamten Region umso größer ist, je länger der Krieg andauert.

Es ist an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft ihre Verantwortung wahrnimmt, die Diplomatie wirken lässt, um den Krieg zu beenden, die Zivilbevölkerung zu schützen, die Ursachen des Konflikts zwischen Palästina und Israel, einschließlich der Besetzung der palästinensischen Gebiete, anzugehen und die Umsetzung der UN-Resolutionen für das Recht der Palästinenser auf einen existenzfähigen Staat und ein Leben in Würde neben einem sicheren Israel zu fordern.